



# Bundestags- brief

Nr. 39 • Die Woche im Bundestag • 30.05.2008



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Zur Lage in der Großen Koalition:

Die Ereignisse der vergangenen Woche zeigen: Die SPD lässt sich immer stärker von der Linkspartei treiben, getroffene Absprachen und Zusagen gelten offensichtlich nicht mehr. So hat die SPD uns zu Beginn der letzten Woche mitgeteilt, dass sie die gemeinsam vereinbarte Diätenanpassung in ihrer Fraktion nicht umsetzen kann. Dies hat zu Enttäuschung und Verärgerung in unserer Fraktion geführt, für die ich großes Verständnis habe. Es ist nicht akzeptabel, dass die Führung der SPD-Bundestagsfraktion mehrfach die getroffene Entscheidung bestätigt, gleichzeitig aber die SPD-Bundestagsabgeordneten in ihren Wahlkreisen auf Oppositionskurs gehen, während wir zu unserer Entscheidung stehen. Auch das Verhalten bei der Wiederwahl des Bundespräsidenten zeigt die Führungsschwäche innerhalb der SPD. Statt als Regierungspartei gemeinsam mit uns den beliebten und erfolgreichen Bundespräsidenten Horst Köhler wiederzuwählen, haben sich die Sozialdemokraten nach langem Hin und Her entschlossen, eine eigene Kandidatin zu nominieren. Diese hat bereits angekündigt, dass sie auf eine Unterstützung der Linkspartei setzt. Die SPD bereitet damit nicht nur ein rot-rotes Bündnis im Bund vor und setzt sich in Widerspruch zu früheren Äußerungen ihrer führenden Repräsentanten. Aus reiner Parteipolitik und Machttaktik stellt sich die SPD auch gegen die große Mehrheit der Bevölkerung, der sie den beliebten und geachteten Bundespräsidenten nehmen will. Nach einer aktuellen Umfrage begrüßen rund drei Viertel der Deutschen eine Wiederwahl des Bundespräsidenten, 85 Prozent sind zufrieden mit seiner Arbeit. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion freuen uns, dass Bundespräsident Köhler für eine zweite Amtszeit zur Verfügung steht, und sichern ihm unsere volle Unterstützung zu. Diese Ereignisse sind eine große Belastung der Koalition. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land erwarten jedoch mit Recht, dass wir sie in den Mittelpunkt unserer

Arbeit stellen und nicht uns. Auch wenn die Umstände deutlich schwieriger geworden sind, wollen wir unser Land anständig regieren und die begonnenen Projekte zu Ende führen.

## Israels Sicherheit ist auch unsere Aufgabe:

Am Donnerstag haben wir in einer Plenardebatte des 60. Jahrestages der Staatsgründung Israels gedacht. Leider wird unsere Freude über dieses Jubiläum getrübt: Von Anfang an waren Existenz und Sicherheit Israels gefährdet. Auch heute noch erkennen die meisten Staaten im Nahen Osten Israel nicht an. Bedrückendstes Beispiel ist die hasserfüllte Drohung des iranischen Präsidenten „Israel von der Landkarte zu tilgen“. Die tagtäglichen Raketenangriffe der Hisbollah und die Selbstmordattentate der Hamas beweisen, dass das Leben der Menschen in Israel immer noch gefährdet ist. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist Israels Recht auf sichere Existenz nicht verhandelbar. Das ist nicht nur Ausdruck der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands, sondern liegt auch in unserem eigenen Interesse. Denn unsere Länder verbinden neben der besonderen historischen Beziehung dieselben Grundüberzeugungen. Israel ist Teil der westlichen, von der christlich-jüdischen Tradition geprägten Wertegemeinschaft. Es ist die einzige Demokratie im Nahen Osten, der einzige Staat der Presse- und Meinungsfreiheit sowie voll-ständige Religionsfreiheit garantiert. Israel ist zudem eine dynamische Wirtschaftsmacht und einer unserer wichtigsten Handelspartner. Aus diesem Grund unterstützen wir auf vielfältige Weise den Friedensprozess im Nahen Osten: Im Rahmen von UNIFIL leisten unsere Soldatinnen und Soldaten vor den Küsten des Libanons einen wichtigen Beitrag, um den Waffenschmuggel für die Hisbollah zu unterbinden. Im Nahost-Quartett setzen wir uns für ein friedliches Nebeneinander von Israelis und Palästinensern im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung ein. Und in der EU 3+3-Gruppe wirken

wir daran mit, den Iran von der Entwicklung von Nuklearwaffen abzuhalten.

Für uns ist klar: Ohne die Sicherheit Israels kann es keinen Frieden im Nahen Osten geben.

### **Am Ziel des ausgeglichenen Haushalts festhalten:**

Die erfolgreiche Haushaltskonsolidierung trägt die Handschrift der Union. Zum ersten Mal seit fünf Jahren haben wir 2007 wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt vorgelegt. Wir haben die Neuverschuldung auf das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung gesenkt. Wir müssen nun Kurs halten und diese erfolgreiche Politik fortsetzen, damit wir 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Klar ist auch: Sobald wie möglich müssen wir die Bürgerinnen und Bürger entlasten. Das darf jedoch nicht zu Lasten der Haushaltskonsolidierung gehen. Schon heute betragen die jährlichen Zinszahlungen des Bundes rund 40 Mrd. Euro. Geld, das für zukunftsweisende Investitionen und Steuersenkungen fehlt. Wir dürfen unsere finanziellen Spielräume nicht weiter einengen und unseren Kindern nicht noch höhere Belastungen auferlegen. Entlastungen, die kommende Generationen belasten, sind deshalb der falsche Weg.

### **Sozial ist, was Arbeit schafft!**

Der in der vergangenen Woche von Arbeitsminister Scholz vorgelegte 3. Armuts- und Reichtumsbericht ist mit der Beschränkung des Untersuchungszeitraums bis zum Jahre 2005 die Schlussbilanz der rot-grünen Bundesregierung. Er ist nicht der Beleg für eine wachsende Armut in Deutschland, sondern für die schädlichen Konsequenzen einer beschäftigungs-feindlichen Politik unter Rot-Grün. In deutlichem Gegensatz dazu steht die Entwicklung ab 2005. Seit der Regierungsübernahme durch die Union und unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel wurden bis heute knapp eine Million sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen. Damit zeigt sich einmal mehr: Die beste Gewähr gegen Armut ist die Aussicht auf Beschäftigung, und deshalb weist auch die Forderung von Arbeitsminister Scholz nach staatlichen Mindestlöhnen in die falsche Richtung. Mindestlöhne vernichten Arbeitsplätze, wie sämtliche Untersuchungen zeigen. Das macht auch ein Blick auf die europäischen Nachbarländer deutlich: In den meisten Ländern, die einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn haben, liegt das Armutsrisiko über dem in Deutschland (z. B. in Großbritannien bei 30 Prozent vor Sozialtransfers). Zudem zeigen

die jüngsten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, dass die Zahl der „Aufstocker“ zurückgeht, das Problem also infolge des Wirtschaftsaufschwungs an Dringlichkeit verliert. Wichtig ist stattdessen, die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die den Übergang in reguläre Beschäftigung erschweren. Das heißt in erster Linie eine Änderung der Hinzuverdienstmöglichkeiten bei Mini-Jobs, wie von uns seit langem gefordert. Bildung ist der Schlüssel für Beschäftigung und Existenz sichernde Löhne. Statt den bisherigen Status durch höhere Transferzahlungen weiter zu zementieren, sollten durch verbesserte Bildungsangebote die Chancen für individuellen Aufstieg verbessert werden. Mit der Nationalen Qualifizierungsinitiative, dem verbesserten Sprachkursangebot für Migranten und dem Hochschulpakt ist die unionsgeführte Bundesregierung dabei auf gutem Weg. Zudem zeigt der Bericht sehr deutlich: Der deutsche Sozialstaat erfüllt seine Aufgaben. Er reduziert die Zahl der armutsgefährdeten Personen um die Hälfte, die Wohnungsnot ist erfolgreich bekämpft worden. Die Grundsicherung sichert das Existenzminimum, niemand muss in Deutschland hungern, auf gute gesundheitliche Versorgung oder auf Schulbildung verzichten. Auch im internationalen Vergleich kann sich Deutschland sehen lassen: Vor Sozialtransfers hatten nur Tschechien, die Niederlande, Luxemburg, Belgien und Ungarn eine geringere Quote der vom Armutsrisiko betroffenen Bevölkerung (in Deutschland 26 Prozent), dagegen lag die Quote in den meisten anderen Ländern, darunter Dänemark (28 Prozent), Schweden (29 Prozent) oder Irland (33 Prozent) deutlich darüber; Schnitt innerhalb der EU: 26 Prozent. Nach Sozialtransfers lag die Quote in Deutschland bei nur noch 13 Prozent, nur die Niederlande und Tschechien weisen mit 10 Prozent deutlich niedrigere Werte auf, während der EU-Schnitt bei 16 Prozent liegt.

### **Zu guter Letzt:**

#### **Mein Tipp der Woche**

Die Ausstellung „Verstummt Stimmen“ erinnert an die Vertreibung jüdischer Künstler aus der Oper in der Zeit von 1933-1945. Die Exposition widmet sich einem kaum untersuchten Kapitel aus der Nazizeit und erzählt das Schicksal von Musikern, Sängern, Komponisten und Intendanten, die Opfer der rassistischen Musikpolitik des NS-Regimes wurden. Die Ausstellung ist im Apollo-Saal der Staatsoper (Unter den Linden 7) und im Centrum Judaicum (Oranienburger Str. 28-30) zu sehen. Der Eintritt ist frei.